

## II. Gerichtskosten im Verfahren der 1. Instanz

Kosten in Zivilprozess- und  
Zwangsvollstreckungssachen

## Inhalt:

1. Kostenansatz
2. Streitwert
3. Verbindung / Trennung
4. Auslagen
5. Schlusskostenrechnung

$$(1 + x)^n = 1 + \frac{nx}{1!} + \frac{n(n - 1)x^2}{2!} + \dots$$

$$a^2 + b^2 = c^2$$

$$x = \frac{-b \pm \sqrt{b^2 - 4ac}}{2a}$$

# Kostenansatz (WAS?)

**Kostenansatz**



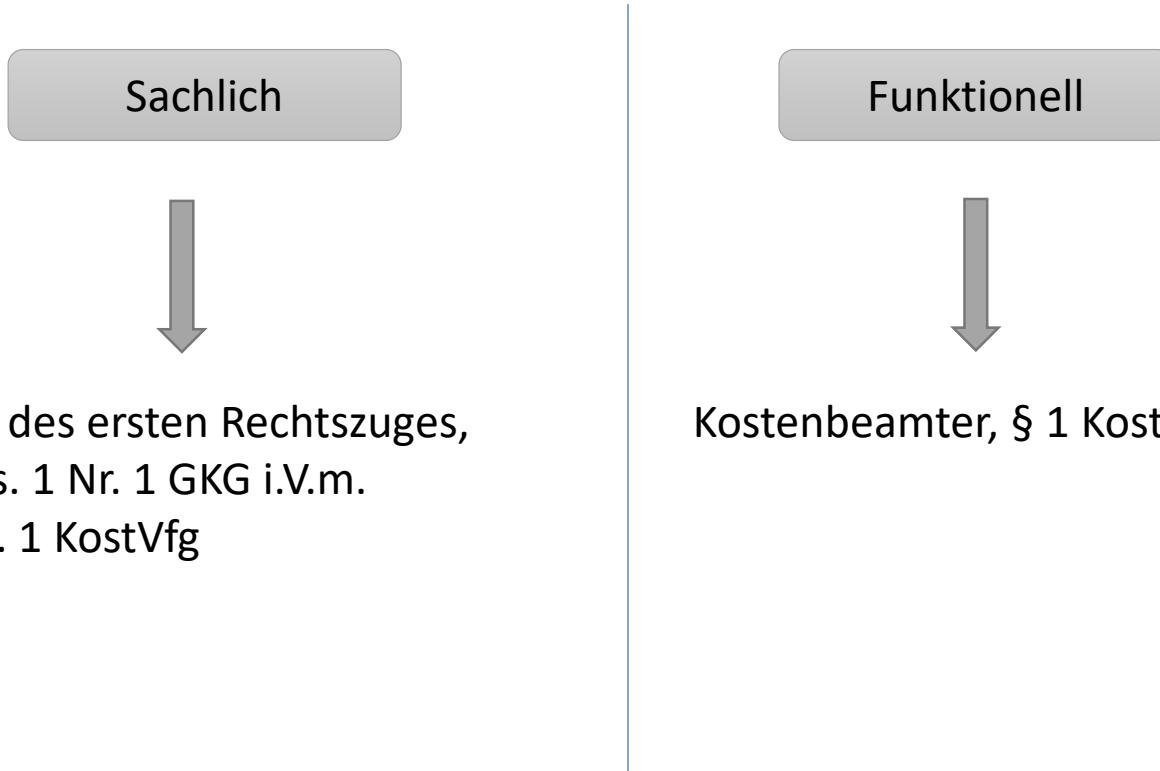
Berechnung der Gerichtskosten



Feststellung des Kostenschuldners

# Kostenansatz (WER?)

- Zuständigkeit:



# Kostenansatz (WIE?)

- Vorauszahlung:

Gerichtliche  
Handlung wird  
von der Zahlung  
**abhängig**  
gemacht:



**Kostennachricht, § 26 KostVfg**

- Sonstige Kosten:

Kosten fällig?

JA



**Sollstellung,  
§ 25 KostVfg**

NEIN



**Vorschuss-  
rechnung,  
§ 26 KostVfg**

# INHALT DER KOSTENRECHNUNG:

## § 24 Abs. 1 KostVfg

- Bezeichnung des Gerichts nebst Aktenzeichen
- Kurzrubrum
- Gesetzliche Grundlage (**KV-Nr.**)
- Bei Wertgebühren den Streitwert
- Bereits geleistete Zahlungen
- Gesamtbetrag der zu zahlenden Kosten
- Bezeichnung des/der Kostenschuldner/s
  - Namen, Anschriften, ggf. gesetzliche/r Vertreter

Landgericht Berlin

Berlin, den 25.02.2025

5 O 102/21

Geschäftsnummer

In dem Rechtsstreit  
Müller ./. Meier

Gegenstand des Kostenansatzes	KV-Nr.	Wert	Zu erheben sind EUR	Vermerke
Verfahren im Allgemeinen	1210	5.000,00	511,50	<u>keine Mithaft</u>
		<b>Summe:</b>	<b>511,50</b>	

Hierauf sind gezahlt: 0,00 EUR

Rest: **511,50 EUR**

**Die zu erfordern sind mit Kost 23 - veranlasst am 25.02.2025 über die KEJ-Schnittstelle - von:**

Herrn  
Manfred Müller  
Mustergasse 1  
10315 Berlin

# Die Verfahrensgebühr

## Hauptabschnitt 2 Prozessverfahren

1210	Verfahren im Allgemeinen .....	3,0
------	--------------------------------	-----

- Abgeltungsbereich:  
Gesamte Tätigkeit des Gerichts in erster Instanz
  - *Insbesondere Kosten für Personal / Verwaltung/ Infrastruktur/ technische Ausstattung*
- Streitwertabhängig
- Entsteht grundsätzlich nur einmal, § 35 GKG

# Vorauszahlungspflicht

- Gilt in erster Instanz bei:
  1. Klageerhebung, § 12 Abs. 1 S. 1 GKG
  2. Klageerweiterung, § 12 Abs. 1 S. 2 GKG

## **Zu beachten:**

- Keine Abhängigmachung ohne gesetzliche Grundlage, § 10 GKG
- Bei anwaltlicher Vertretung wird die Kostennachricht an den Anwalt zur Vermittlung übersandt, § 26 Abs. 6 KostVfg.
  - Der Anwalt selbst wird jedoch nicht zum Kostenschuldner!

## Beispiel:

- K reicht am Landgericht seine gegen B gerichtete Zahlungsklage über 8.000,00 EUR ein.

Welche Gerichtsgebühr ist entstanden?  
Wie und von wem wird die Gebühr erfordert?

# Lösung:

- Mit Einreichung der Klage für das Verfahren vor dem Landgericht in erster Instanz ist eine Gebühr nach **Nr. 1210 KV GKG** entstanden, §§ 1, 3 Abs. 2 GKG
- Kostenschuldner: Kläger als Antragsteller, § 22 Abs. 1 GKG
- Streitwert: 8.000,00 EUR
- Berechnung nach § 34 Abs. 1 GKG (Anlage 2)

Anlage 2 zu  
§ 34 Abs. 1  
S. 3 GKG



Streitwert:  
8.000,00 EUR

Streitwert bis ... €	Gebühr ... €	Streitwert bis ... €	Gebühr ... €
500	40,00	50 000	638,00
1 000	61,00	65 000	778,00
1 500	82,00	80 000	918,00
2 000	103,00	95 000	1 058,00
3 000	125,50	110 000	1 198,00
4 000	148,00	125 000	1 338,00
5 000	170,50	140 000	1 478,00
6 000	193,00	155 000	1 618,00
7 000	215,50	170 000	1 758,00
8 000	238,00	185 000	1 898,00
9 000	260,50	200 000	2 038,00
10 000	283,00	230 000	2 248,00
13 000	313,50	260 000	2 458,00
16 000	344,00	290 000	2 668,00
19 000	374,50	320 000	2 878,00
22 000	405,00	350 000	3 088,00
25 000	435,50	380 000	3 298,00
30 000	476,00	410 000	3 508,00
35 000	516,50	440 000	3 718,00
40 000	557,00	470 000	3 928,00
45 000	597,50	500 000	4 138,00

# Lösung:

- Die Gerichtsgebühren betragen 714,00 EUR  
( $3 \times 238,00$  EUR)
- Kostenschuldner ist K als Antragsteller, § 22 Abs. 1 GKG
- Die Gebühr ist vorauszuzahlen, § 12 Abs. 1 S. 1 GKG

Ergebnis:

Der Kostenbeamte hat von K 714,00 EUR mit Kostennachricht (**Kost 40 bzw. FV 31**) zu erfordern.

# Beispiel:

- Der Kostenbeamte erfordert die entstandene und fällige Verfahrensgebühr nach Nr. 1210 KV GKG in Höhe von 714,00 EUR vom Kläger mit Kostennachricht (Kost 40/FV31).
- 

## **Variante a)**

Es gelangt eine Zahlungsanzeige über 714,00 EUR zur Akte

## **Variante b)**

Es gelangt eine Zahlungsanzeige über 614,00 EUR zur Akte

## **Variante c)**

Nach Ablauf von sechs Monaten ist keine Zahlung zur Akte gelangt.

Was hat der Kostenbeamte zu veranlassen?

# Lösung:

- Variante a):
  - Die Akte ist nach vollständiger Zahlung der/dem zuständigen Richterin/Richter bzw. dem Spruchkörper mit entsprechenden Zahlvermerk vorzulegen.
- Variante b):
  - Die Akte ist nach Zahlung eines nicht unerheblichen Anteils der erforderlichen Gerichtsgebühr der/dem zuständigen Richterin/Richter bzw. dem Spruchkörper vorzulegen.
- Variante c)
  - Der Kostenbeamte hat eine Sollstellung bei der KEJ über einen Betrag von 238,00 EUR (= 1,0 Gebühr) zu veranlassen, § 26 Abs. 8 KostVfg.